
BESSER

WIRTSCHAFTEN.

MEHR

TRANSPARENZ.

**GRÜNE ZIELE FÜR
FREIGERICHT 2016-2021**



Inhaltsverzeichnis

I. Transparenz und Bürgerbeteiligung 3
II. Sozialpolitik 5
III. Energiepolitik 9
IV. Naturschutz 10
V. Nachhaltige Ortsentwicklung 13
VI. Verkehr 17
VII. Grüne Haushaltspolitik 19

I. Transparenz und Bürgerbeteiligung

Die Kommunalpolitik in Freigericht leidet an **mangelnder Transparenz und Bürgerbeteiligung**. Planungen werden den Bürger*innen zu spät vermittelt, die Kommunikation zwischen Rathaus und Bevölkerung funktioniert nicht richtig. Die Bürger*innen können oft erst spät und mit großem Aufwand zu Projekten der Gemeinde Stellung beziehen.

Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, die **vorherrschende antiquierte Verwaltungskultur** mit Hilfe verschiedener Instrumente aufzubrechen.

An dieser Stelle muss ein Umdenken **hin zu einer modernen und bürgernahen Politik** stattfinden.

Aus diesem Grunde treten wir für die Einführung einer **Informationsfreiheitsatzung** ein.

Durch eine solche Informationsfreiheitsatzung hätte jede Bürgerin und jeder Bürger **ein Recht auf Zugang zu Informationen**, z.B. durch **Akteneinsicht**, die den eigenen Wirkungskreis der Gemeinde betreffen.

Ein „**gläsernes Rathaus**“ würde dazu beitragen,

- × die Vorgänge in der Verwaltung für jeden transparent und nachvollziehbar zu machen,
- × die Möglichkeiten aktiver Bürgerbeteiligung zu steigern,
- × Missmanagement und Geheimhaltungspolitik zu erschweren und damit letztlich das Vertrauen in die Politik zu stärken.

Zudem fordern wir, alle **auslegungspflichtigen Unterlagen auf die Homepage der Gemeinde zu stellen**. Dies würde auch denjenigen den Zugang zu Informationen ermöglichen, die die Öffnungszeiten der Gemeinde nicht wahrnehmen können.

Schließlich setzen wir uns für die Einrichtung einer **moderierten Diskussionsplattform auf der Homepage der Gemeinde** ein, um die Bürgerbeteiligung zu stärken.

Die Bürgerinnen und Bürger Freigerichts erhielten dadurch die Möglichkeit,

- × miteinander in einen Dialog zu treten,
- × ihre Anregungen und Wünsche einzubringen,
- × kreative Ideen für eine bessere Politik zu entwickeln.

II. Sozialpolitik

Integration – so wichtig wie noch nie

Die weltpolitische Entwicklung verändert auch das Leben in der Gemeinde Freigericht. Dabei zeigt sich:

In unserer Gemeinde sind Menschen in Not willkommen – egal welcher Herkunft oder Religion. Viele Bürger unserer Gemeinde engagieren sich auf vorbildliche Weise in allen Bereichen der Flüchtlingsintegration. In Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung ist es bisher gelungen, wichtige Anforderungen an eine gelungene Eingliederung in unsere Gemeinde zu erfüllen: dezentrale Unterbringung, Sprachkurse, Betreuung im Alltagsleben usw.. Nur so kann Integration gelingen und nur so kann man unseren neuen Bürgern die Regeln unserer Gesellschaft vermitteln.

Zur Optimierung der Integrationsarbeit fordern wir für die Zukunft :

- * Eine Aufstockung des Gemeindepersonals im Bereich der Flüchtlingsbetreuung
- * Eine Erhöhung der Beratungsstunden durch die Caritas

Diskriminierung und Rassismus dürfen auch weiterhin in der Gemeinde Freigericht nicht „gesellschaftsfähig“ werden, denn sie verhindern einen sachlichen, umsichtigen und vor allem menschlichen Umgang mit Menschen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind und mit denen wir zusammenleben. Freigericht ist kein Ort für rechte Parolen!

Soziales Miteinander

Außerdem setzen sich wir uns für **Verbesserungen in der Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik** ein.

Wir wollen Ihnen nichts versprechen, was wir angesichts leerer Gemeindekassen nicht halten können, denn Gemeindeschulden sind unser aller Schulden!

Deshalb **fordern wir in naher Zukunft** u.a.:

- × Den Aufbau sozialer Netzwerke für Jung und Alt: **„Freigerichter helfen Freigerichtern“**
- × Den Aufbau eines **Seniorenbeirates**

In zahlreichen Gemeinden wurden bereits Seniorenbeiräte gegründet.

Seniorenvertretungen reagieren auf den demografischen Wandel der Gesellschaft, indem sie die politische Teilhabe älterer Menschen stärken. Seniorenvertretungen setzen sich vor Ort bürgernah für die Interessen und Belange der älteren Generation ein. Sie arbeiten und wirken im vorparlamentarischen Raum, wachen über die Einhaltung der Rechte und Würde älterer Menschen und beraten und vermitteln aus der Perspektive älterer Menschen zusammen mit Politik und Verwaltung. Die anderen Parteien in Freigericht haben das leider abgelehnt.

- × Die **Erweiterung bestehender Nachschulbetreuungsangebote in allen Ortsteilen.**
- × Die **Förderung örtlicher Jugendtreffs**
- × Die **Sanierung und Umgestaltung renovierungsbedürftiger Spielplätze** (Themenspielplätze)
- × Ausbau der Grundschulen zu **Ganztagschulen**

Und für die **weitere Zukunft** können wir uns vorstellen:

- × **Mehrgenerationenhaus**
- × **Bespielbare Gemeinde**

III. Energiepolitik

Unser Ziel ist es, Freigericht als moderne, energiepolitisch effiziente Gemeinde mit Vorbildfunktion für Ihre Bürger, Industriebetriebe und Nachbargemeinden aufzustellen.

Die Klimaziele der Bundesregierung sehen bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung des CO₂- Ausstoßes von 40 Prozent gegenüber 1990 vor. In den letzten Jahren wurde dieses Thema in Freigericht stark vernachlässigt. Investitionen in eine Steigerung der Energieeffizienz wurden leider nur in kleinem Umfang getätigt.

Wir Grünen werden auf wirtschaftlich sinnvolle Einsparungsmaßnahmen hinwirken und für eine verstärkte Nutzung der regenerativen Energien und moderner Techniken eintreten.

Als Sofortmaßnahme fordern wir einen Energieausweis für alle Gebäude der Gemeinde auch dann, wenn er nicht vorgeschrieben ist. Damit erhält die Gemeinde und auch der Bürger eine Übersicht über die vorhandenen Häuser und deren Ökobilanz.

Für die mittelfristigen Maßnahmen wollen wir Grünen die Bürger und die Industrie bei ihren Energieeinsparungsbemühungen unterstützen und zum Mitmachen anregen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der Beratungsmöglichkeiten ein. Auch bei begrenzten Haushaltsmitteln muss eine solche Maßnahme, an denen alle Bürger profitieren, möglich sein.

Langfristig werden die Energiekosten wieder in den nächsten Jahren stark ansteigen. Ökonomisch führt eine Reduzierung des Energieverbrauchs zu Kosteneinsparungen und damit zu einer Entlastung der Bürger sowie des Gemeindehaushaltes. Ökologisch ist jedes eingesparte CO₂ ein Gewinn für die nächste Generation.

IV. Naturschutz

Die **Freigerichter Landschaft wird immer ausgeräumter und steriler.** Landschaftselemente verschwinden nach und nach immer mehr und mit ihnen die Biodiversität. Wir Grüne streben gezielt eine Artenreiche und ökologisch wertvolle Naturlandschaft an, die nicht nur schön anzusehen ist, sondern auch den in den vergangenen Jahrzehnten verschwundenen Tier- und Pflanzenarten Lebensraum und somit die Chance zur Rückkehr bietet. Schritte in diese Richtung sind:

- × **Waldnaturschutz auch für zukünftige Generationen:** Freigericht besitzt eine relativ große Waldfläche. Dort ist es möglich, nicht nur einzelne „Habitatbäume“ unter Schutz zu stellen und vereinzelt Totholz liegen zu lassen, sondern wir sind in der glücklichen Lage, in unseren Wäldern auch zusammenhängende Bereiche dauerhaft unter Schutz zu stellen und so eine Art „Urwald“ wieder entstehen zu lassen. Solche Flächen müssen aber langfristig geschützt werden, so dass Bäume auch die Möglichkeit bekommen, bis zu ihrem Höchstalter zu stehen. So werden sie zu wertvollen Wohnungen für andere Arten. Waldprozessschutz heißt das im Fachbegriff und muss eben nicht, wie bisher in Freigericht, jährlich veränderbar sein, sondern für 150 Jahre oder länger gelten!
- × **FSC-Zertifizierung für unseren Forst:** dadurch werden Naturschutz, soziale Standards sowie wirtschaftliche Interessen optimal in Einklang gebracht. Und unser Holz wird auch noch wertvoller.

- × **Verbesserung der Zusammenarbeit mit den örtlichen Naturschutzvereinen sowie den anerkannten Naturschutzverbänden** z.B. durch
 - ✓ Einbeziehung in die Ausgleichsplanung
 - ✓ kostenlose und langfristige Verpachtung geeigneter Grundstücke an die Naturschutzvereine und -verbände (z.B. Randbereiche des Industriegebiets Birkenhain, Rohrwiese und Weinberg Altenmittlau, Arrondierungsflächen des Feuchtbiotops Wellbachgrund)
- × **Verstärkte Nutzung kommunaler Grundstücke zum Zweck des Naturschutzes**, z.B.
 - ✓ Anlage von Feldgehölzen und Feuchtbiotopen
 - ✓ Verbreiterung von Uferrandstreifen an den Bächen (siehe auch Punkt „Umsetzung der EU Wasserrahmenrichtlinie“), gegebenenfalls Flächentausch falls die Gemeinde nicht Eigentümerin ist
 - ✓ Verpflichtung der Pächter kommunaler Grundstücke auf ökologische Wirtschaftsweise und den Erhalt von wertvollen Biotopstrukturen (z.B. Einzelbäume, Gehölze und Feuchtbereiche)
- × Mittelfristig soll ein Gemeindebiologe eingestellt werden (evtl. in Zusammenarbeit mit Hasselroth oder Linsengericht). Dies kann im Zuge der normalen Fluktuation und durch interne Umbesetzungen kostenneutral geschehen.

V. Nachhaltige Ortsentwicklung

Die nachhaltige Ortsentwicklung soll durch folgende Mittel erreicht werden:

× **Förderung bezahlbaren Wohnraums**

Nachdem wir in der letzten Legislaturperiode hartnäckig für ein **Leerstandskataster** eingetreten sind, gilt es jetzt die gewonnenen Erkenntnisse erfolgreich umzusetzen. Eine aktive Gemeindeverwaltung soll hier als Vermittler zwischen den Wohnraumsuchenden und den Immobilienbesitzern fungieren.

Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden führen neben einer verbesserten Energiebilanz auch zur **Stärkung ortsansässiger Handwerksbetriebe**.

Durch die bevorzugte Unterbringung von Flüchtlingen in kleineren Wohneinheiten haben einige leerstehende Gebäude bereits wieder eine sinnvolle Verwendung erhalten. Da nach wie vor ein großer Bedarf an **bezahlbarem Wohnraum** besteht, gilt es auch weiterhin gemeinsam mit den Bürgern nach Lösungen zu suchen, die einerseits der Verödung einzelner Gebäude entgegenwirkt und andererseits bezahlbaren Wohnraum für unsere Bevölkerung bietet. Des Weiteren treten wir für gezielte Investitionen in günstige Bauformen ein, um den momentanen Wohnbedarf kurzfristig zu decken, aber trotzdem nachhaltig Werte zu schaffen.

Die Bereitstellung von **attraktivem Wohnraum für unsere ältere Generation** ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung

ein wichtiger Standort- und Haltefaktor für die Gemeinde. Hier gilt es gezielt nach möglichen Standorten für ein Seniorengerechtes Wohnen zu suchen und gemeinsam mit Investoren an einer Umsetzung zu arbeiten. In Verbindung mit der Ansiedlung von Fachärzten, z.B. in einem Ärztezentrum, kann gleichzeitig ein sinnvoller Beitrag für alle Bevölkerungsgruppen geschaffen werden.

× **Ausnutzung vorhandener, innerörtlicher Flächenreserven anstatt Ausweisung von Neubaugebieten**

Die **Ausweisung neuer Wohngebiete erfordert zusätzliche Straßen- und Leitungsnetze**, während innerorts die vorhandene Infrastruktur mit **erheblichem Aufwand** weiter unterhalten werden muss. Die von der Gemeinde unterhaltenen Straßen- und Leitungsnetze können vielmehr auch nicht unbegrenzt erweitert werden.

Deshalb wollen wir Grüne weg von der einseitigen Ausweisung immer neuer Bau- und Gewerbegebiete auf der „grünen Wiese“. Freie Flächen sind für uns ein kostbares Gut, mit dem wir sparsam umgehen wollen. Wir setzen auf den **Erhalt unserer Ortskerne** mit ihrer Nutzungsvielfalt.

Durch die Erschließung von Ortsrandlagen und innerörtlichen Baulücken bietet sich nach wie vor die Möglichkeit auf die Nachfrage an Bauplätzen für unsere Bürger zu reagieren. Boden ist nicht beliebig vermehrbar und damit eine ständig weiter wachsende Inanspruchnahme auf Dauer nicht möglich.

× **Belebung der Ortsmitte durch Förderung von
Geschäftsansiedlung und gezielte Vermarktung der bestehenden
Gewerbegebiete**

Nach einer Bedarfsanalyse muss eine **gezielte Förderung von innerörtlichen Geschäftsansiedlungen** erfolgen. In Verbindung mit einer veränderten Straßennutzung, z.B. Teilbereiche vorhandener Straßen als Fußgängerbereiche zu nutzen, kann die Ortsmitte wieder spürbar ruhiger und als Treffpunkt der Menschen erlebbar werden. Weg vom autozentrierten Ortskern hin zum Menschenzentrierten!

Die vorhandenen Supermärkte bieten aktuell schon eine Überversorgung an, so dass durch einen weiteren Supermarkt keine zusätzliche Nachfrage geschaffen werden kann. Für uns Grüne führt dies also lediglich zu einer Verschiebung der Einkaufsströme und wird zwangsläufig zu einem Verdrängungswettbewerb der vorhandenen Märkte führen. Um einer Verödung der Ortskerne entgegenzuwirken **lehnen wir einen weiteren Supermarkt an der Wehrweide ab.**

Natürlich wollen wir uns einer Ausweisung von Gewerbeflächen verbunden mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht verschließen. Aber vorher sollten die vorhandenen Gewerbeflächen einer Nutzenanalyse unterzogen und mit dem größtmöglichen Nutzen für die Gemeinde verwertet werden. Hier wurde in der Vergangenheit leider viel falsch gemacht, denn neben dem einmaligen Verkaufserlös der Gewerbegrundstücke muss eine langjährige und stabile Gewerbesteuererinnahme eine stärkere Bedeutung bei der Vermarktung erhalten. Supermärkte von großen Handelsketten z.B. haben auch wegen der notwendigen Parkplätze einen hohen

Flächenverbrauch, bringen aber nur eine vergleichsweise geringe Steuereinnahme.

VI. Verkehr

Die Entwicklung der letzten 20 Jahre im Freigericht gibt wenig Anlass zur Freude. Auto-zentrierte und ent-grünte Ortskerne, überlastete Durchgangsstraßen mit viel zu engen Gehwegen, dafür aber Parkplätze, die Gehwege blockieren oder gefährlich kreuzen, wenig lebenswerter Raum für Kinder, Familien mit Kinderwagen, Radfahrer oder auch Senioren – hier wollen wir gegensteuern. Eine Umgehungsstraße, die die Gemeinde in der Mitte zerschnitten und zusätzlichen Verkehr angezogen hätte, konnte auf unser Betreiben verhindert werden. Nun brauchen wir aber innerörtlich weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Unsere Anträge dafür wurden von allen anderen Parteien aber abgelehnt!

Unsere Vorstellungen:

- × Verbesserte Mobilitätsangebote für Alt und Jung: In Zeiten, da die Bevölkerung im Durchschnitt älter wird, dürfen keine ÖPNV-Angebote gekürzt werden.
- × Für alle nutzbare, lebenswerte und attraktive Ortskerne: Verkehrsberuhigung und Gefahren-Beseitigung. Ein Verkehrskonzept für ganz Freigericht muss von Fachleuten erstellt werden.
- × Prüfung einer „Freigericht-Linie“ (eine ÖPNV-Grundversorgung am Sonntag ist durch das Anruf-Sammel-Taxi inzwischen gegeben, aber eine Freigericht-Rundlinie wäre für uns die beste Lösung).
- × Ausdehnung der Busverbindungen in den Abendstunden und am Wochenende (z.B. „Kinobus“, „Agosteabus“, flexible Lösungen mit

Anruf-Sammel-Taxi etc.). Es ist alle 10 Jahre eine Bedarfsanalyse zu erstellen und ggf. Zielgruppenspezifische Angebote zu organisieren. Die Gemeinde muss den ÖPNV in ihr Gesamtkonzept der Angebote der allgemeinen Daseinsvorsorge einziehen und offensiv vermarkten.

- × Fest installierte Blitzgeräte an neuralgischen Punkten, die der Sicherheit und Verkehrsberuhigung dienen und nicht sonstigen Zwecken
- × Schaffung von grüneren Ortskernen und breiteren Gehwegen statt breiterer und weiterer Straßen!

VII. Grüne Haushaltspolitik

Grüne Haushaltspolitik gestaltet aktiv die Zukunft!

Was können wir uns im Freigericht auf Dauer leisten ohne die nachfolgenden Generationen mit einem übermäßigen Schuldendienst zu belasten? Diese Frage stellen sich immer mehr Freigerichter Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Gemeinde kämpft wie fast alle deutschen Kommunen mit einem Schuldenberg. Selbst während der gegenwärtig günstigen finanziellen Entwicklung mit steigenden Einnahmen bleibt der Haushalt defizitär. Als einzige Maßnahme fällt den verantwortlichen Gemeindepolitikern nur die regelmäßige Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben ein. Bündnis 90/Die GRÜNEN sind dagegen überzeugt, dass wir den Haushalt auch aus eigener Kraft sanieren können, und unsere Vorschläge haben wir als Anträge auch immer wieder eingebracht.

Die **Ursache für leere Kassen liegt häufig auch in falscher Haushaltspolitik**. Dann nämlich, wenn sie auf der Fehleinschätzung beruht, man könne langfristig immer mehr Geld ausgeben, als man tatsächlich zur Verfügung hat. Haushaltspolitik steht also immer in einem Spannungsverhältnis zwischen Planung und Risiken, zwischen dem kurzfristig Notwendigen und dem langfristig Nachhaltigen. Dieses Spannungsverhältnis kann zwar nicht aufgelöst werden, aber wir können Haushaltspolitik konsequenter in Richtung Zukunft denken. Grüne Haushaltspolitik setzt heute an und sucht zugleich Antworten auf die Herausforderungen von morgen.

Wir Grüne orientieren uns in der Haushalts- und Finanzpolitik an dem Leitbild der **nachhaltigen Entwicklung**. Dies muss sich in der Ausgaben- und Einnahmenstruktur des Gemeindehaushalts widerspiegeln.

Grüne Haushaltspolitik hat das Ganze im Blick: Wir müssen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und künftigen Generationen Perspektiven eröffnen.

Nachhaltige Haushaltspolitik darf sich nicht allein auf die fiskalische Seite des Problems konzentrieren. Die größte Verantwortung, die wir gegenüber unseren Kindern haben, ist konsequenter Klimaschutz und die Erhaltung der Biodiversität. Wie bereits angesprochen, braucht es dafür vor allem Investitionen in mehr Energieeffizienz. Diese Investitionen erfolgen auf Kosten künftiger Generationen, aber dennoch sind sie jetzt notwendig: Denn sie legen den Grundstein für den Wohlstand zukünftiger Generationen. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen, die nach ihrer Fertigstellung zu Einsparungen insbesondere bei Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten oder zu gesicherten Erträgen führen, die dauerhaft höher sind als der zusätzlich aufzubringende Kapitaldienst aus der Kreditaufnahme. Beispielhaft dafür sind die energetische Sanierung oder der Neubau von Gebäuden, wenn durch die damit verbundenen Einsparungen bei den Betriebskosten – und ggf. durch die Erträge aus der Einspeisung von solar erzeugter Energie – eine Refinanzierung des Kapitaldienstes möglich ist.

Wir Grüne verstehen Wohlstand aber nicht nur ökonomisch. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Daher müssen wir unseren Kinder, unseren Enkeln und allen zukünftigen Generationen auf allen Teilen der Erde die Lebensgrundlage erhalten.

Dafür müssen ihnen in Zukunft ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Eine nachhaltige Haushaltspolitik muss in wirtschaftlich guten

Zeiten Überschüsse erwirtschaften, um dann in konjunkturell schwierigen Zeiten Schulden aufnehmen zu können. Sie bedeutet aber auch, den kommenden Generationen einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu vererben. Nachhaltig ist eine Haushaltswirtschaft, die eine dauernde Aufgabenerfüllung der Kommune gewährleistet, das strategisch notwendige Vermögen erhält, und Lasten aus Krediten und sonstigen Finanzierungsgeschäften minimiert. Millionenschwere Schuldenlasten nehmen unseren Kindern jede Möglichkeit, später eigene politische Akzente zu setzen. Wir wollen Schluss machen mit Raubbau und Verschwendung von finanzieller Ressourcen zu Gunsten kurzfristiger politischer Zielerreichung. Wir wollen ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft vereinen und zu erfolgreichen Partnern machen.

Deshalb setzen wir auf einen **konsequenten Schuldenabbau und gezielte Investitionen** in eine gerechtere, grüne Zukunft.

Eine strukturelle Konsolidierung erfasst zwar sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabeseite des Haushalts. Da die öffentlichen Einnahmen durch eine entsprechende Politik nur geringfügig positiv beeinflusst werden können, müssen aber mittelfristig wirksame Konsolidierungsmaßnahmen schwerpunktmäßig bei den Ausgaben ansetzen.

Wir Grünen treten daher nachdrücklich für ein **haushaltskonsolidierendes Ausgabeverhalten unserer Gemeinde** ein.

Bei der Verwirklichung unserer haushaltspolitischen Ziele setzen wir vor allem auf folgende Maßnahmen:

× **Bürokratieabbau**

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben muss so unbürokratisch wie möglich gestaltet werden. Die erforderlichen Effizienzsteigerungen bedürfen

einer Verwaltungssteuerung auf der Grundlage betriebswirtschaftlich orientierter Methoden. Zum Bürokratieabbau zählen wir auch die Möglichkeit im Wege der **interkommunalen Zusammenarbeit** mit unseren hessischen Nachbarkommunen die Erledigung von Aufgaben effizienter und kostengünstiger zu gestalten als dies der Fall ist, wenn jede Kommune sich selbst darum kümmert. Zum Bürokratieabbau im weiteren Sinne gehört jedoch auch weiterhin die Frage, ob die vorhandenen gemeindlichen **Gremien** nicht **verkleinert** werden können. Zahlreiche Gemeinden haben zwischenzeitlich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Zahl ihrer Gemeindevertreter zu verringern – eine Mehrheit der Freigerichter Kommunalpolitiker hat dies in der vergangenen Sitzungsperiode aber abgelehnt. Auch stellt sich die Frage, ob die Zahl der Mitglieder des Gemeindevorstands und der Ausschüsse nicht reduziert werden kann. Das Parlament sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen.

× **Aufgabenkritik**

Die Aufgabenkritik dient der **Überprüfung der von der Gemeinde wahrgenommenen Aufgaben auf Effektivität und Effizienz**. Mit der Aufgabenkritik wird auf Basis der gesetzlichen Vorgaben und strategischen Zielsetzung der Gemeinde überprüft und festgelegt, welche Aufgaben auch künftig (Effektivität) und in welcher Art und Weise (Effizienz) wahrgenommen werden sollen.

× **Festlegung von Standards**

Haushaltskonsolidierung kann nur dann gelingen, wenn man eindeutige Standards festlegt, an denen die Erfüllung der einzelnen kommunalen Aufgaben auszurichten ist. Die Senkung eines Standards ist dort sinnvoll, wo

dessen Kosten nicht mit einem entsprechenden nachhaltigen Wert verbunden sind. Diese Abwägung ist auf der Grundlage des Prinzips der Generationengerechtigkeit im demografischen Wandel zu treffen.

× **Haushaltstransparenz**

Wir GRÜNE setzen uns für eine transparente Haushaltspolitik ein, die auch vom Bürger nachvollzogen und verstanden wird. Die Existenz von Schattenhaushalten wie dem Eigenbetrieb der Gemeinde helfen hier nicht weiter und wir fordern dessen Rückführung in die Kernverwaltung. Gerade die Vorgänge beim Bau des U3-Kindergartens zeigen, dass eine direkte parlamentarische Kontrolle sämtlicher wirtschaftlichen Tätigkeiten der Gemeinde nötig ist.

Zudem ist bis zum heutigen Tag nicht der Nachweis erbracht worden, dass die Einrichtung des Eigenbetriebes zu einer erhöhten wirtschaftlichen Effizienz im Bereich der Bauhofleistungen und des kommunalen Immobilienmanagements geführt hat. Eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsrechnung zu Anbietern aus der freien Wirtschaft (z.B. Immobiliendienstleistern oder Landschaftsgärtnern) ist bis zum heutigen Tag nicht erfolgt, obwohl der Eigenbetrieb seit dem 1.1.2003 existiert.

Deshalb bitten wir am 6. März 2016 um Ihre Stimme bei der Kommunalwahl in Freigericht (Liste 3, GRÜNE).

Unsere KandidatInnen:

1. Achim Kreis
2. Jennifer Seymor
3. Holger Marquardt
4. Franz Josef Pfeifer
5. Stephan Remmel
6. Annette Kress
7. Georg Peter
8. Achim Wissel
9. Juliane Frank-Hestermann
10. Sturmius Maier
11. Tanja Pfeifer
12. Regine Wörner
13. Andreas Höfler
14. Nadja Pfeifer

